

# Zweifel an der Live-Ratssitzung

**Kommunen** Das Rathausfernsehen via Internet steckt voller datenrechtlicher Tücken. Der Städtetag zögert mit einer Empfehlung, die Stadt Konstanz findet bislang keine Nachahmer. *Von Rüdiger Bäßler*

In Calw waren die „Kungelrunden“ innerhalb des Gemeinderats ein langjähriges Thema, das schließlich auch die Oberbürgermeisterwahlen bestimmte. Der Wahlgewinner Ralf Eggert hatte seinen Erfolg auch dem Versprechen zu verdanken, er werde den sogenannten Ältestenrat abschaffen, wie es ihn in vielen Ratsgremien gibt. Gerade ein Jahr ist das her, die Calwer „Vierherrenrunde“ ist seither durch Bürgerversammlungen in den Stadtteilen ersetzt worden.

Mit alten Gewohnheiten brechen, den Ratssitzungen neuen Schwung verleihen, neue Bürgerschichten erreichen, das will man auch in anderen Rathäusern des Landes, nur mit anderen Mitteln. Die Geläufigkeit und Selbstverständlichkeit des Internets, so glaubt man beispielsweise in Konstanz, kann dabei helfen. Seit diesem Sommer gibt es in der Bodenseestadt ein Rathausfernsehen. Produziert wird der Live-Stream von der Zeitung „Südkurier“.

Die Konstanzener haben sich nicht von den jüngsten Warnungen des Landesdatenschutzbeauftragten Jörg Klingbeil abbringen lassen. Weil ein Gemeinderat kein Parlament ist, sondern ein Verwaltungsorgan der Kommune, so Klingbeil, seien die Persönlichkeitsrechte der ehrenamtlichen Räte ebenso wie die von Gutachtern, Protokollschreibern oder Zuschauern im Ratssaal zu wahren.

Diese Rechtslage hat dieser Tage den Gemeinderat von Heidenheim bewegt, die Idee eines eigenen Rathausfernsehens wieder zu verwerfen. Man verspricht sich nichts von einer Übertragung voller Ausblendungen, Kameraschwenks oder Standbildern. In Schwäbisch Gmünd ist man nach einer Internet-Sitzungsübertragung vom vergangenen Jahr, als es um die Namensfindung des städtischen Freibads ging („Bud-Spencer-Bad“), grundsätzlich positiv gestimmt. Zunächst, so ein Sprecher, wolle man aber das Angebot anderer Bewegtbilder auf der städtischen Homepage ausbauen.

Neben den Erwägungen des Datenschutzrechts stellt sich immer auch die Frage, wer produziert und den Aufwand bezahlt. In Tettngang (Bodenseekreis) ist einer, der es machen würde: Hans Günter Grenouillet, ein alter Regionalfernsehmacher, der in Friedrichshafen mal den Sender Euro 3 gegründet hat. Grenouillet erzählt, er sei mit seiner Firma Creativ Mediengruppe mit mehr als zehn Städten im Land im Kontakt. Finanzieren will der Unternehmer sein Rathausfernsehen mit festen örtlichen Sponsoren. „Dazu kommen weitere Werbeeinnahmen, wenn wir



Eine TV-Übertragung aus einer Anhörung wie zu Stuttgart 21 (Bild) ist gestattet, bei einer Gemeinderatssitzung sind manche rechtlichen Fragen noch nicht geklärt. Foto: Steinert

Glück haben“, sagt er. Monatlich sollen die Sendungen zu sehen sein, bei Bedarf soll es die Möglichkeit geben, sich live in Sitzungen einzuschalten. Im Januar will Grenouillet „mit fünf oder sechs“ Kommunen starten. Vom Mai datiert eine Pilotsendung für die Stadt Aulendorf. Zu einer Weiterführung ist es dort allerdings nicht gekommen.

Der Städtetag steht der Idee von Sitzungsübertragungen im Internet skeptisch gegenüber, egal ob sie kommunal oder privatwirtschaftlich produziert werden. „Das ist noch vermintes Gelände“, sagt ein Sprecher. „Deswegen haben wir dazu noch keine Empfehlung abgegeben.“

Eine Verwaltung, die den Datenschutzaufgaben Genüge tun wolle, müsse vor einer Ausstrahlung öffentlicher Sitzungen von sämtlichen Anwesenden das schriftliche Einverständnis zur Bild- und Tonwiedergabe einholen. Bei den Gemeinderäten selbst, den Bürgermeistern und Dezernenten sei das noch denkbar, so der Sprecher, nicht aber bei den vielen Sitzungsteilnehmern, die nicht dem Kreis der „herausgehobenen Führungskräfte“ angehörten. „Eine Einwilligung dieser Personen geht zu weit“, glaubt man beim Städtetag. In der Praxis müsste „der Kameramann ständig ein- und ausschalten“.

Eine technische Alternative zum Rathausfernsehen hat der Städtetag nicht parat. Die Gemeinderäte tagten aber, meist leicht erreichbar, „inmitten der Bürgerschaft im Rathaus“, so der Sprecher. „Ich meine, das Angebot öffentlicher Sitzungen ist schon so einladend und transparent, dass es dieser Live-Übertragungen nicht zwingend bedarf.“

## Kommentar

### Zerrbilder

**Rathaus-TV** Der Alltag im Ratssaal ist einfach nicht filmreif. *Von Rüdiger Bäßler*

Verschiedene Skeptiker von Sitzungsübertragungen führen neben Datenschutzbedenken an, die Anwesenheit einer Kamera könnte Gemeinderäte in ein unnatürliches Verhalten zwingen. Das ist schon möglich. Aber wohl noch mehr Mandatsträger landauf und landab hätten zu fürchten, dass sie genau so wahrgenommen werden, wie sie sind: immerzu schweigend, schlecht vorbereitet oder endlos bramarbasierend. Und verblüfft würde mancher Live-Stream-Gucker daheim zur Kenntnis nehmen müssen, dass über prekärste Entscheidungen des Gemeinschaftslebens überhaupt nicht debattiert wird, weil sie im nichtöffentlichen Teil fallen oder die Mehrheitsbeschaffung bereits im Ältestenrat oder anderen außeröffentlichen Zirkeln stattgefunden hat.

Die Abfilmung solcher Schauspiele braucht kein Mensch. Auch nicht die Dokumentation des Mühseligen und zuweilen Banalen, das in jeder ehrenamtlichen politischen Arbeit steckt. In der klugen Zusammenfassung und Raffung der Gesprochenen gewinnen Ratsentscheidungen die größte Verbreitung. Wenn Gemeinderäte die Demokratie fördern wollen, dann sollten sie sich um Geschliffenheit der Sprache und Präzision des Ausdrucks bemühen und nicht um ein Kameralicht auf ihrer Weste.

**Das ist noch vermintes Gelände, so heißt es beim Städtetag.**